



# TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG



Redaktion: SPD Tempelhof-Schöneberg · Hauptstraße 100 · 10827 Berlin · redaktion@tsaktuell.de · www.tsaktuell.de

**STIMME FÜR GRÜN-UND WOHNUNGEN**  
Volksentscheid zum Tempelhofer Feld Seite 4

**BETEILIGUNG**  
Der Bezirks-Bürgerhaushalt kommt Seite 5

**ENTSCHEIDUNG**  
Die Europawahl im Überblick Seite 6

## Gleiche Chancen. Gleiche Rechte. Jetzt!

**D**ie Gleichheit von Frauen und Männern ist in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Arbeitsentgelts, sicherzustellen. Der Grundsatz der Gleichheit steht der Beibehaltung oder der Einführung spezifischer Vergünstigungen für das unterrepräsentierte Geschlecht nicht entgegen.

So lautet Artikel 23 der EU-Grundrechtecharta. Er ist europäisches Recht – und stammt aus der Feder der Berliner SPD-Kandidatin für die Europawahl, Sylvia-Yvonne Kaufmann. Für sie steht fest: Der Kampf um eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen und ökonomischen Leben ist noch lange nicht zu Ende.

► Seiten 3 und 8

ILLUSTRATION: GRANDUEDUC - FOTOLIA.COM

### Bürgermeisterin auf Tour im Bezirk



ANGELIKA SCHÖTTLER | Auf Spaziergängen führt sie durch die Kieze im Bezirk

Regelmäßig lädt die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler zu Kiezspaziergängen ein.

Gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern erkundet sie dabei bekannte und weniger bekannte Kieze in Tempelhof und Schöneberg.

Der nächste Kiezspaziergang findet am Samstag, 15. März von 14.00 bis 16.00 Uhr statt. Treff-

punkt ist am S-Bahnhof Südkreuz, Hildegard-Knef-Platz (vor der Apotheke). Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Auch am 12. April und 17. Mai, jeweils von 14.00 bis 16.00 Uhr, finden Kiezspaziergänge statt. Die Treffpunkte standen für diese Termine bei Redaktionsschluss noch nicht fest; informieren können Sie sich unter Telefon 90277-2300.

### Kurt am Wittenbergplatz



Kurt | Wer den Jungen um 1905 fotografierte, ist unbekannt.

Die erste urkundliche Erwähnung des Dorfes Schöneberg als „villa sconenberch“ datiert auf das Jahr 1264.

Eine Ausstellung zum 750. Jubiläum Schönebergs präsentiert nun mehr als 160 fotografische Bilder – von 1875 bis zur Gegenwart. Dieses Porträt der beiden Ortsteile Schöneberg und Friedenau wird abgerundet durch rund 70 Minuten Film aus

den 1910er- bis 1970er-Jahren. Sämtliche Exponate stammen aus dem Landesarchiv Berlin und dem Archiv der Museen Tempelhof-Schöneberg.

► Haus am Kleistpark  
Grunewaldstr. 6-7, 10823 Berlin  
► Ausstellung 28.3. bis 25.5. 2014  
Di.-So. 10 bis 19 Uhr, Eintritt frei  
► Kuratorinnenführung mit Dr. Katharina Hausel am 27.4., 16 Uhr

### Abgeordnete präsenter im Kiez



LARS OBERG | Mitglied des Abgeordnetenhauses

FOTO: KEGEL

Die Parlamentsreform, die Anfang 2014 in Kraft getreten ist, macht es möglich.

Die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses können ab sofort Wahlkreisbüros mit angemessener personeller Besetzung unterhalten. Auch die Abgeordneten aus Tempelhof-Schöneberg Dilek Kolat, Michael Müller und Frank Zimmer-

mann werden davon Gebrauch machen und in den nächsten Wochen Bürgerbüros in ihren Wahlkreisen eröffnen.

Lars Oberg, der bereits seit längerem ein Wahlkreisbüro in Schöneberg hat, erlaubt die Neuregelung, sein Büro in der Hauptstraße 8 (nahe Kleistpark) nun montags bis freitags von 9.00 bis 15.00 Uhr personell zu besetzen.

## BIBLIOTHEKEN: AKTIV IM BEZIRK

### HILFE BEI DEN HAUSAUFGABEN

In der Stadtteilbibliothek Schöneberg-Nord – Gertrud-Kolmar-Bibliothek, Pallasstraße 27, 10781 Berlin, Telefon 90277-6398, gibt es das Angebot »Lernstation – Hausaufgabenhilfe«.

In Kooperation mit dem Stadtteilverein Schöneberg e.V. wird zu folgenden Terminen kostenlose Hausaufgabenhilfe gegeben:

Montag, 10.03., 17.03. und 24.03.2014, jeweils von 16.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag, 11.03., 18.03. und 25.03.2014, jeweils von 15.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag, 13.03., 20.03. und 27.03.2014 jeweils von 16.00 bis 18.00 Uhr.

Auch in der Mittelpunktbibliothek Schöneberg – Theodor-Heuss-Bibliothek, Hauptstr. 40, 10827 Berlin, Telefon 90277-4343, wird eine kostenlose Hausaufgabenhilfe angeboten, hier für die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik und für Kinder ab der 3. Klasse:

Am 10.03., 12.03., 17.03., 19.03., 24.03. und 26.03.2014, jeweils von 17.00 bis 19.00 Uhr.

### WIR LESEN VOR – FÜR KINDER AB 4

»Wir lesen vor« – so nennt sich eine Leseaktion der Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg in Kooperation mit Lesewelt Berlin e.V. – Sie findet statt in folgenden Einrichtungen:

In der Stadtbibliothek Lichtenrade – Edith-Stein-Bibliothek, Bürgerzentrum Christophorus, Briesingstraße 6, 12307 Berlin, Tel. 90277-8286:

Am 12.03., 14.03., 19.03., 21.03., 26.03. und 28.03.2014, jeweils von 16.00 bis 17.00 Uhr.

In der Stadtbibliothek Friedenau – Gerhart-Hauptmann-Bibliothek, Niedstr. 1-2, 12159 Berlin, Tel. 90277-6870:

Am 11.03., 18.03. und 25.03.2014, jeweils von 16.30 bis 17.30 Uhr.

In der Stadtbibliothek Schöneberg-Nord – Gertrud-Kolmar-Bibliothek, Pallasstr. 27, 10781 Berlin, Tel. 90277-6398:

Am 13.03., 20.03. und 27.03.2014, jeweils von 16.00 bis 17.00 Uhr.

Der Eintritt ist frei.

### FIT FÜR DIE STRASSE

Unter dem Thema »Fit für die Straße« informiert und berät der Verkehrssicherheitsberatungsdienst der Polizei:

Am 19.03.2014 von 13.00 bis 16.00 Uhr in der Bezirkszentralbibliothek – Eva-Maria-Buchhaus, Götzstraße 8/10/12, 12099 Berlin, Telefon 90277-2516.

Am 26.03.2014 von 15.00 bis 18.00 Uhr in der Mittelpunktbibliothek Schöneberg – Theodor-Heuss-Bibliothek, Hauptstr. 40, 10827 Berlin, Tel. 90277-4574.

Am 06.03.2014 von 12.00 bis 15.00 Uhr in der Stadtbibliothek Lichtenrade – Edith-Stein-Bibliothek, Bürgerzentrum Christophorus, Briesingstr. 6, 12307 Berlin, Tel. 90277-8286.

# Das neue »Tor zur City-West«

Die städtebauliche Entwicklung an der Kleiststraße und am Nollendorferplatz macht Fortschritte

Mit Freude hat die SPD-Fraktion den Bericht des Bezirksamtes über die Ergebnisse des auf Initiative der SPD durchgeführten Beteiligungsverfahrens für den Bereich Kleiststraße / Nollendorferplatz als neues »Tor zur City-West« zur Kenntnis genommen.

### Neugestaltung der Kleiststraße

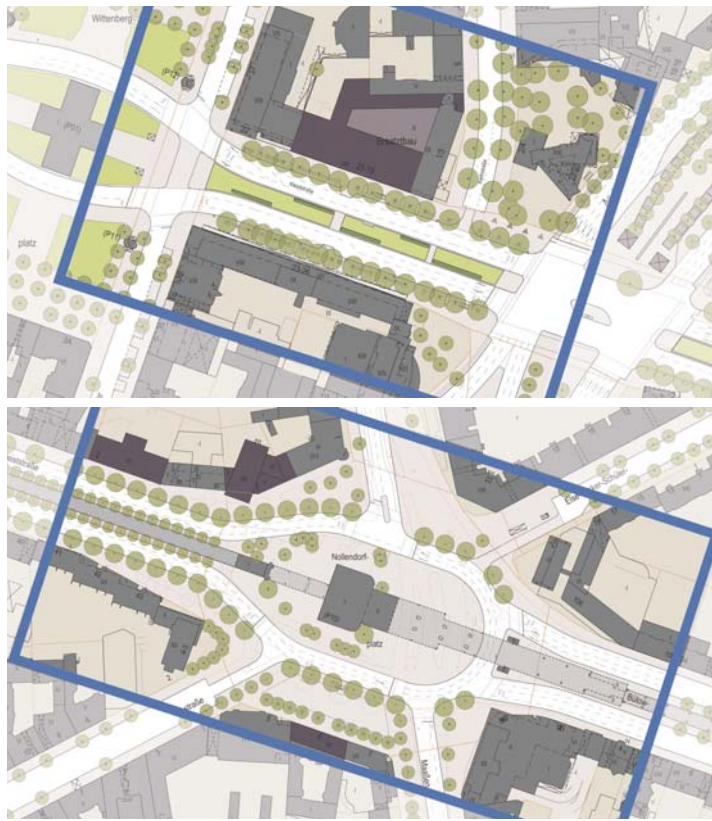
Die Kleiststraße soll zwischen An der Urania und Wittenbergplatz breitere Gehwege erhalten, der Verkehr soll – entsprechend der Situation in der Tauentzienstraße – auf je eine Richtungsfahrbahn für Kraftfahrzeuge, eine Busspur und den Parkstreifen reduziert werden. Auch der Mittelstreifen, der ohnehin wegen Tunnel-Sanierungsarbeiten an der U-Bahn aufgerissen werden muss, soll zukünftig besser gestaltet werden. (siehe obere Abbildung).

### Leitbild für den »Nolli«

Für den Nollendorferplatz konnte ebenfalls ein überzeugendes Leitbild vorgelegt werden, das eine vorsichtige Annäherung an die frühere Platzgeometrie vorsieht (siehe untere Abbildung).

### Lietzenburger Straße und An der Urania ohne Vision

Im Rahmen des Verfahrens konnte aber leider kein Leitbild für eine Entwicklung in der Lietzenburger Straße und der Straße



ILLUSTRATIONEN: GRUPE PLANWERK

An der Urania aufgezeigt werden. Hier soll nach den Vorschlägen der Planungsdezernentin Sibyll Klotz (Bündnis 90/Grüne) weiterhin alles bleiben wie es ist. Beide Straßen wurden in den 1950er-Jahren als autogerechte Schneisen durch die ehemals dichte Blockbebauung geschlagen und sollten als Zubringer eines innerstädtischen Autobahnnetzes dienen.

### SPD bedauert vorläufigen Sieg der autogerechten Stadt

Christoph Götz, Fraktionssprecher für Stadtentwicklung der SPD ist damit nicht zufrieden: »Die heute noch durch wüste Autotrassen getrennten Quartiere sollten städtebaulich verbunden werden, ruhige grüne Innenhöfe an Stelle von durchlärmtem Abstandsgrün treten. Die aktuelle Bautätigkeit rund um die Gedächtniskirche zeigt, dass in der City-West durchaus einiges Entwicklungspotenzial steckt, das stärker nach Schöneberg ausstrahlen könnte.«

Die grüne Dezernentin konnte aber leider keine positive Vorstellung für eine Veränderung in diesem Bereich vermitteln, die zugleich die Interessen der Anwohnerschaft aufgreift. Wir bedauern, dass die autogerechte Stadt hier – vorläufig – wieder mal gesiegt hat.«

## Radfahrstreifen für die Manteuffelstraße

Der Bau einer Radfahrspur auf der Fahrbahn der Manteuffelstraße ist nach Bereitstellung zusätzlicher Mittel durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nun finanziell vollständig abgesichert.

Der lang ersehnte Umbau kann damit hoffentlich kurzfristig beginnen. Die Entscheidung wurde auf Initiative der SPD bereits 2010 in der BVV Tempelhof-Schöneberg beschlossen. Danach soll die Straßenachse Boelckestraße / Manteuffelstraße / Rathausstraße zu einer attraktiven Radverkehrsverbindung in Parallelführung zum Tempelhofer und Mariendorfer Damm werden. Weder auf dem Tempelhofer noch auf dem Mariendorfer Damm sehen die Verkehrsplaner des Senats große Spielräume für die Verbesserung der Radfahrersicherheit.

Bewilligt worden waren aber zunächst nur die Maßnahmen im Fahrbahnbereich der Manteuffelstraße, strittig blieb die Finanzierung des ebenfalls erforderlichen Umbaus des heutigen Gehweg-Radwegs zu einer Parkspur. Nach Aufstockung der Mittel kann nun die Gesamtmaßnahme umgesetzt werden.

Christoph Götz, Fraktionssprecher für Stadtentwicklung der SPD: »Wir freuen uns, dass dieses Problem nun gelöst werden konnte und die Gesamtmaßnahme abgesichert ist. Wir werden nun auf eine zügige Umsetzung der Arbeiten drängen. Ein weiterer Schritt zur Realisierung der attraktiven Gesamtverbindung ist die Forderung nach einer Radfahrspur in der Boelckestraße, die dann den Lückenschluss zur bereits vorhandenen Spur in der Katzbachstraße herstellt.«

## Mahnmal wird umgesetzt

Auf Initiative der SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg wird das auf dem Parkplatz des IKEA-Möbelhauses befindliche Anti-Kriegs-Mahnmal der früheren Deutschen Reichsbahn an einen würdigeren Standort umgesetzt.

Im Rahmen eines Vor-Ort-Termins des bezirklichen Kulturausschusses vom 13. Februar 2014 mit Vertretern der Firma IKEA wurde vereinbart, dass das Mahnmal an einen der Öffentlichkeit zugänglicheren und ge-

eigneren Ort auf dem Grundstück umgesetzt werden soll. Dafür ist nun eine kleine Grünfläche gegenüber dem Hauptzugang vorgesehen.

Das Mahnmal wurde nach dem zweiten Weltkrieg von Angehörigen der Deutschen Reichsbahn auf dem Gelände des ehemaligen Reichsbahn-Ausbesserungswerks Tempelhof errichtet und ist kaum öffentlich bekannt. Immer wieder kam es in der jüngsten Vergangenheit zu Beschädigungen und Zerstörungen des Mahnmals.

### GLEICH UM'S ECK · LÄDEN IM KIEZ

## Schöne Dinge im »Lwerk«



LWERK | Ein Laden voller Überraschungen – für einen guten Zweck

FOTO: LIEBCHEN

Welch nüchterner Name für einen so hübschen und originellen Laden: **Lwerk!** Die Lankwitzer Werkstätten für Behinderte haben vor knapp einem Jahr einen ungewöhnlichen Laden in der Goltzstraße 19 in Schöneberg, nahe dem Winterfeldtplatz, eröffnet.

Schöne Dinge aus der Schmuckwerkstatt, aus der Tischlerei, Pflanzen aus der Gärtnerei und viele andere Accessoires und Geschenkartikel werden hier angeboten und schaffen damit individuelle Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung, die diese Produkte herstellen.

Die Designprodukte sind schön und einzigartig. Partner-

schaften zu anderen Behindertenwerkstätten und der Kunsthochschule Weißensee garantieren die Umsetzung neuer Ideen und damit ständig neuer Angebote. Allein das große Sortiment von originellen Gruß- und Glückwunschkarten lohnt einen Besuch im »Lwerk«.

Die Lankwitzer Werkstätten (Partner der Arbeiterwohlfahrt) firmieren seit dem 1. Januar 2014 unter dem Namen »Lwerk« und sind eine von 18 anerkannten Werkstätten für Behinderte in Berlin. Ihre Aufgabe sehen sie in der Rehabilitation und Integration von Menschen mit einer seelischen, geistigen oder körperlichen Behinderung, die nicht auf dem Arbeitsmarkt

tätig sind. Sie erhalten in einer Werkstatt eine sinnvolle Teilhabe am Arbeitsleben, können sich sogar für eine Fachwerker-ausbildung qualifizieren (z. B. Gärtner oder Fahrradmechaniker) und erhalten »nebenher« Hilfestellung bei der Persönlichkeitsentwicklung und dem Erwerb von sogenannten Arbeitstugenden wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Sorgfalt und beim Umgang mit Behörden.

Wer hier einkauft, unterstützt ein wertvolles Projekt.

EVA LIEBCHEN

**Lwerk**  
Goltzstraße 19  
10781 Berlin-Schöneberg  
Telefon 030 - 70 00 90 26  
Lwerk@lw.net.de

# „Wir dürfen nicht nachlassen.“

Gleichstellungspolitik und Europa

VON SYLVIA-YVONNE KAUFMANN

**G**leichstellungspolitik hat in der EU eine lange Tradition. Sie reicht bis zu den Römischen Verträgen zur Gründung der EWG von 1957 zurück, in denen zum Beispiel der Grundsatz der gleichen Entlohnung für Männer und Frauen festgelegt wurde.

Zusammen mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs oder verschiedenen Richtlinien zur Gleichbehandlung bildeten sie das Fundament der europäischen Gleichstellungspolitik. In den 1990er-Jahren setzte sich die Auffassung durch, die Geschlechterfrage als ein wesentliches Kriterium für die Lösung aller Handlungsfelder in der EU zu betrachten und sie entsprechend einzubinden.

Für mich war es im Jahr 2000 als Mitglied des Konvents, der die EU-Grundrechtecharta ausarbeitete, ein besonderes Anliegen, das Recht auf Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft sowie ein striktes, verbindliches Diskriminierungsverbot in der Charta zu verankern. Das war ein steiniger Weg, galt es doch, ein stark von Männern dominiertes Gremium dafür zu gewinnen. Nachdem dies lange Zeit nicht gelang, reichten auf meine Initiative hin



„Noch immer sind Frauen von einer gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft weit entfernt.“

Sylvia-Yvonne Kaufmann  
Berliner Kandidatin für die Europawahl 2014

alle weiblichen Mitglieder des Konvents über Länder- und Parteigrenzen hinweg einen gemeinsamen eigenen Textvorschlag ein. Gegen diese Frauenpower war kein Kraut mehr gewachsen, unser vorgeschlagene Wortlaut wurde in den Text der Charta übernommen.

Auch der ebenfalls von mir initiierte gemeinsame Antrag der weiblichen Konventsmit-

glieder, die Charta in einer geschlechtsneutralen Sprache abzufassen, fand darin Eingang. Dies ist das erste EU-Dokument in geschlechtsneutraler Sprache.

Noch immer sind Frauen von einer gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft weit entfernt. Ernüchternd wirkt da ein Blick vor allem auf ihre soziale Situation, wo die Gleichstellungsdefizite

am deutlichsten sichtbar werden. So sind Frauen in allen EU-Mitgliedstaaten viel stärker als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Bei Langzeitarbeitslosigkeit ist der Frauenanteil erheblich höher. Häufig finden sich Frauen in ungesicherten, prekären Beschäftigungsverhältnissen oder schlecht bezahlter Teilzeitarbeit wieder. Sie verdienen in der Regel deutlich weniger,

ihr Anteil in den Führungsetagen ist gering. Deshalb dürfen wir in unserem Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter nicht nachlassen. Heute haben wir dafür auf EU-Ebene wichtige Rechtsinstrumente zur Hand, die wir konsequenter nutzen müssen.

Das ist für mich als Kandidatin der Berliner SPD für das Europaparlament sehr wichtig.

## FRAUENMÄRZ IM BEZIRK

**D**er diesjährige Frauenmärz steht unter dem Motto: »AkzeptANZ«. Akzeptanz ist ein aktives Einverständnis, also den »Kreis« zu öffnen und »andere« und »anderes« willkommen zu heißen. Für ein besseres, verständigeres Miteinander. Weit mehr als nur Toleranz! Tanz, eine perfekte Form, sich anders auszudrücken, eine eigene Sprache, die international verstanden wird. Tanz hilft über »Lücken« hinweg, öffnet Herzen und kann selbige auch retten.

Die Veranstaltungsreihe, die 1986 in Tempelhof ihre Geburtsstunde hatte, wurde schnell über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt. Was aus der engagierten Zusammenarbeit von Musikschule, Volkshochschule und Bürgerinnen und Bürgern zum Thema Frauenemanzipation begann, ist ein feste Institution im Bezirk Tempelhof-Schöneberg geworden.

Politikerinnen jeglicher Couleur wie Ingrid Holzhüter, Hanna-Renata Laurien, Jutta Limbach, Carola von Braun, Ingrid Stahmer, Regine Hildebrand, Renate Künast, Brigitte Zypries unterstützten den Frauenmärz von der ersten Stunde an. Mit gefördert wird der Frauenmärz natürlich auch von zahlreichen männlichen Unterstützern und steht, auch wenn er von Frauen gemacht ist, für alle offen, Frauen und Männer!

Das Programm finden Sie auf [www.frauenmaerz.de/26255.html](http://www.frauenmaerz.de/26255.html)

## Frauen Unternehmen

Vielfältig, kreativ, vernetzt in Berlin-Schöneberg

**I**m Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg präsentieren 40 Freiberuflerinnen und Selbständige des Unternehmerinnen-Netzwerkes Tempelhof-Schöneberg während der Unternehmerinnenmesse am 14. März 2014 von 14.00 bis 19.00 Uhr ihre vielfältigen Angebote und Dienstleistungen.

»Frauen Unternehmen – vielfältig, kreativ, vernetzt« ist eingebettet in den jährlich stattfindenden, traditionellen »Frauenmärz« des Bezirks.

In persönlichen Gesprächen mit den Unternehmerinnen gibt es die Möglichkeit, sich über viele Bereiche zu informieren: Finanz-, Rechts- und Steuerberatung, Innenarchitektur, IT, Gesundheit, Mode, Kunst und Handwerk, Medien und Werbung.

Das abwechslungsreiche Vortrags- und Unterhaltungsprogramm informiert und bietet Spaß, gute Laune und rundet das Angebot der Messe ab. In einer Vielzahl von Vorträgen und Workshops kann man sich über unterschiedliche Themen informieren, mitmachen und diskutieren. Dabei geht es sowohl um berufliche als auch gesundheitliche Aspekte, um Kreativität, Kommunikation, Mediation, Sicherheit, Nachhaltigkeit und vieles mehr.

Das ständig aktualisierte Programm finden Sie auf der Webseite [www.frauenunternehmenmesse.de](http://www.frauenunternehmenmesse.de)

Man kann gespannt sein auf einen bunten, informativen Nachmittag mit Kaffee, Tee, feinen Kuchen und Knabberien – auch Männer sind willkommen!

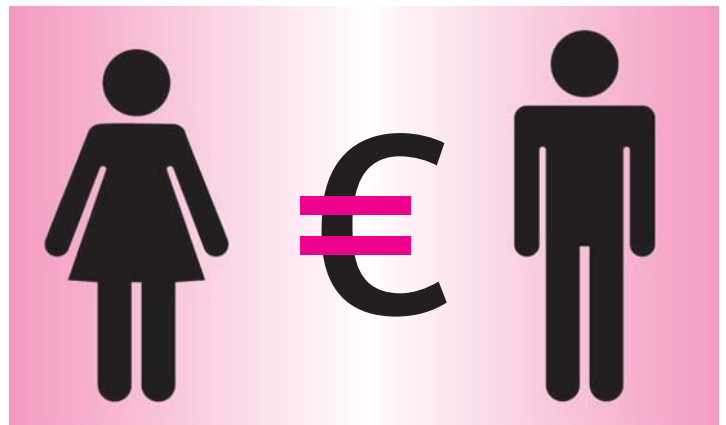
Die Messe steht unter der Schirmherrschaft der Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler. Alle Ausstellerinnen gehören zum Unternehmerinnen-Netzwerk Tempelhof-Schöneberg (UTS), das 2006 von der Innenarchitektin Beate Challakh initiiert wurde. Ziel ist es, die Selbstständigkeit von Frauen in Berlin zu unterstützen. Heute sind rund 200 Unternehmerinnen und Freiberuflerinnen des Bezirks dem Netzwerk angeschlossen. Die Mitgliedschaft ist kostenlos, an jedem 5. eines Monats treffen sich die Frauen zum Austausch von Informationen im Rathaus Schöneberg.

EVA LIEBCHEN

Weitere Informationen auch auf [www.unternehmerinnen-ts.de](http://www.unternehmerinnen-ts.de)

## Lohnlücke schließen!

»Equal Pay« muss endlich Wirklichkeit werden



**F**rauen in Deutschland verdienen gleiches Geld für gleichwertige Arbeit, bekommen es aber nicht. Auch für das Jahr 2013 gab es wieder eine Lohnlücke von 22% gegenüber den Männern.

Deshalb wird seit 2008 in Deutschland der Equal Pay Day begangen. Mit dem Equal Pay Day wird nicht nur die immer noch ungleiche Bezahlung für dieselbe Arbeitsleistung angeprangert, sondern auch die ungleiche Bewertung gleichwertiger Arbeit.

Es ist auffällig, dass die so genannten Frauenberufe schlecht entlohnt werden. Sicherlich hat es eine historische Begründung, denn lange Zeit war die Berufstätigkeit von Frauen stigmatisiert und nicht gewollt. Noch in den 1950er-Jahren war der Satz:

„Meine Frau hat es nicht nötig arbeiten zu gehen“ Ausdruck für die geschlechtsspezifische Aufteilung von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit. Der Mann hatte die Familie zu ernähren, die Frau war zuständig für Heim, Herd und Kindererziehung. Heutzutage ist Frauenerwerbstätigkeit nicht nur üblich, sondern auch von den Frauen gewünscht. Deshalb ist eine ungleiche Entlohnung nicht hinnehmbar.

Die Forderung nach Entgeltgleichheit meint daher auch eine grundlegende Neubewertung von Arbeit und Arbeitsplätzen:

► Equal Pay fordert die Aufwertung der personenbezogenen Dienstleistungen.

► Equal Pay fordert geschlech-

terrollensensible Erziehung von Anfang an.

► Equal Pay fordert sinnvolle Arbeitsstrukturen, die die Vereinbarkeit von Arbeit und Familien möglich machen.

► Equal Pay fordert Reformen des Steuer- und Sozialversicherungsrechts, um die Abwertung der Frauenerwerbsarbeit durch Fehlanreize zu verhindern.

Am 21. März um 12.00 Uhr werden die Rufe nach gleicher Entlohnung für gleichwertige Arbeit laut werden. Machen Sie mit! Die Berliner und Berlinerinnen treffen sich dazu am Brandenburger Tor.

MANUELA HARLING

Weitere Informationen auch auf [www.equalpayday.de](http://www.equalpayday.de)



BUNT UND VIELFÄLTIG | Eindruck von der Messe 2013

FOTO: INGA HAAR BUSINESSFOTOGRAFIE BERLIN

# Platz für viel Grün – und für Wohnungen

Tempelhofer Feld: Entscheidung für bezahlbares Wohnen, Naherholung und Sport

**N**un steht es fest: Am 25. Mai haben die Berlinerinnen und Berliner – parallel zur Europawahl – Gelegenheit, über die Zukunft des Tempelhofer Feldes zu entscheiden.

Haben wirklich alle Menschen, die den Aufruf der Initiative „100% Tempelhofer Feld“ zur Verhinderung der Randbebauung des Geländes unterschrieben haben, die Konsequenzen im Einzelnen bedacht? Wäre der Volksentscheid erfolgreich, gäbe es keine Zen-

trale Landesbibliothek, die den Bezirk erheblich aufwerten würde, keine Parkanlagen mit Bänken und über 1000 Wohnungen allein in Tempelhof weniger. Der Einwand, es würden ja doch nur Luxuswohnungen für Reiche gebaut, entbehrt jeder Grundlage. „Da es landeseigene Flächen sind, können wir auch Wohnungen für kleine und mittlere Einkommen im Innenstadtring bauen. Als Partner stehen für diese Wohnungen städtische Wohnungsbaugesellschaften

und Genossenschaften zur Verfügung.“ Das hat Bausenator Michael Müller bereits in vielen öffentlichen Veranstaltungen immer wieder versichert.

Auch die Opposition will sich einer Diskussion über eine Kompromisslösung nicht verweigern. Bis zum Ergebnis des Volksentscheids ruhen die Bauarbeiten. Weiterhin gibt es Informations- und Diskussionsveranstaltungen, an denen sich jeder beteiligen kann.

## Die wichtigsten Daten des städtebaulichen Projekts Tempelhofer Freiheit

Gesamtgröße des Areals: 355 ha • Flughafengebäude mit Vorfeld: 55 ha • Freifläche: 300 ha

### Tempelhofer Damm

- Bis zu 1700 Wohnungen
- Bebauungsplan-Gebiet: 28 ha
- Bebaubare Fläche: 18 ha, davon 6 ha öffentliche Straßen und Plätze
- 1 Kitastandort

### Oderstraße

- Bis zu 1900 Wohnungen
- B-Plan-Gebiet: 22 ha
- Bebaubare Fläche: 17 ha, davon 4 ha öffentliche Straßen und Plätze
- 2 Kitastandorte
- Schulstandort südlich des Wohnquartiers

### Südring

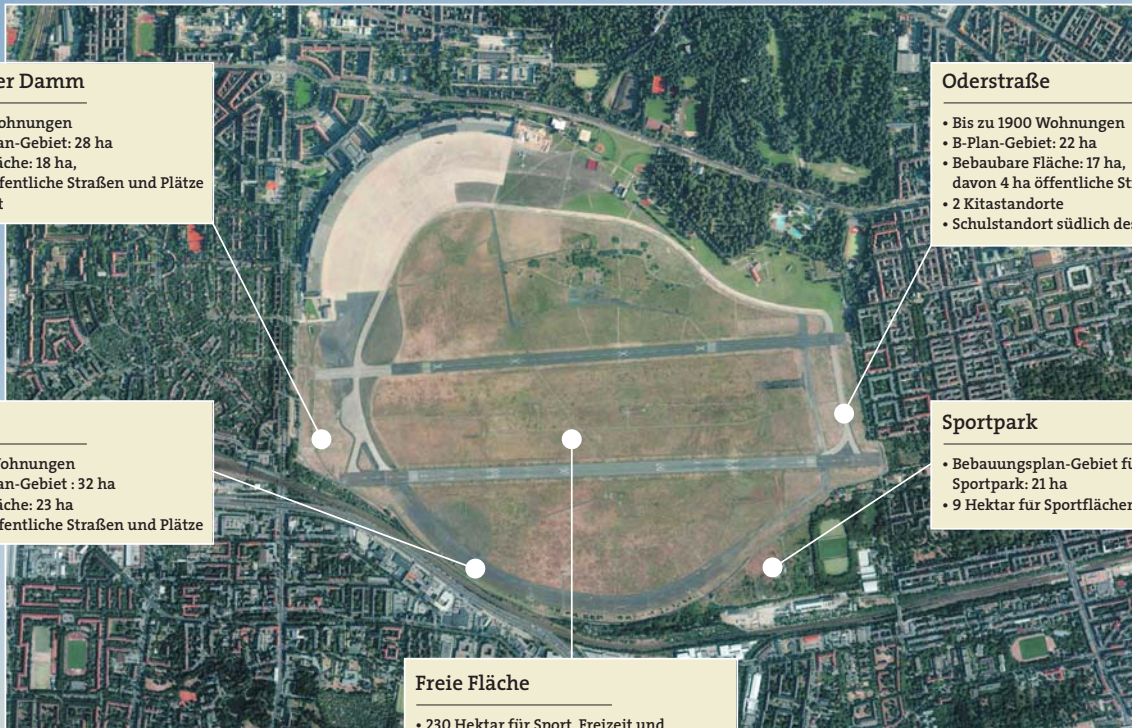
- Bis zu 1.100 Wohnungen
- Bebauungsplan-Gebiet: 32 ha
- Bebaubare Fläche: 23 ha, davon 4 ha öffentliche Straßen und Plätze

### Sportpark

- Bebauungsplan-Gebiet für einen Sportpark: 21 ha
- 9 Hektar für Sportflächen

### Freie Fläche

- 230 Hektar für Sport, Freizeit und Erholung, mit neuen Fuß- und Radwegen, Naturschutz- und Ruhezonon sowie historischen Informationen



**E**ine riesige Grünfläche sehen die Pläne des Senats im zentralen Bereich des ehemaligen Flughafens vor. 230 Hektar, 20 mehr als der Große Tiergarten hat, sollen der Erholung dienen, aber die Parklandschaft soll auch die Bedürfnisse älterer Besucherinnen und Besucher oder von Familien berücksichtigen.

Deshalb sollen Bäume gepflanzt, Bänke aufgestellt und Ruhezonon geschaffen werden können – die Natur wird bei diesen Plänen respektiert. Neue Rad- und Fußwege verbessern als Nord-Süd-Verbindung die Anbindung in die umliegenden Kieze.

Im geplanten Quartier am Tempelhofer Damm wollen zwei städtische Wohnungsbaugesellschaften und eine Genossenschaft bis zu 1700 Wohnungen errichten. Sie haben sich bereits im Vorfeld verpflichtet, mindestens die Hälfte der Wohnungen zu Preisen zwischen 6,- und 8,- Euro pro Quadratmeter anzubieten. Es soll zusätzlich dringend benötigtes studentisches Wohnen geben. Auf landeseigenen Grundstücken können diese Wohnungen preisgünstiger entstehen, und gerade in der Innenstadt, wo städtische Unternehmen sonst wenig zur Entspannung der Wohnungsnachfrage sorgen können, für eine Entlastung sorgen. Weiterhin sollen Kitas und Bildungseinrichtungen und auf der Neuköllner Seite eine Schule und Sportflächen gebaut werden.

**A**lles verboten: Die Initiative gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes hat in ihrem Gesetzentwurf zahlreiche Verbote festgeschrieben.

Im Zentralen Wiesenbereich, einer Fläche innerhalb des so genannten Taxiways, die größer als der Große Tiergarten ist, darf nach dem Gesetzentwurf kein einziger neuer schattenspendender Baum gepflanzt werden. Abgestorbene Bäume dürfen nicht ersetzt werden. Verboten wären auch Parkbänke. Damit hätte das Gelände für ältere Besucherinnen und Besucher keine Attraktivität.

Aber auch Familien würden im Sommer keinen Platz im Schatten finden. Verboten wären selbst Hinweisschilder. Sport- und Spielflächen innerhalb des Taxiways blieben ebenfalls verboten, auch das Aufstellen von Fußballtoren wäre nicht möglich. Die geplanten neuen Wege für Fußgänger dürften nicht angelegt werden, auch nicht der wichtige Radweg in Nord-Südrichtung.

Sitzgelegenheiten oder Abfallbehälter wären nur im äußeren Randbereich erlaubt. Hier dürften Wege beleuchtet werden und nur hier könnten auch in begrenztem Umfang Sportanlagen ent-

stehen. Da allerdings auch hier „Erweiterungen der Gebäude, Bauwerke und baulichen Anlagen“ untersagt werden sollen, kämen öffentliche WC-Anlagen oder Duschen nur in Frage, wenn sie ohne eigens hierfür zu errichtende Gebäude funktionieren.

Nicht nur die vom Senat gemeinsam mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften und einer Genossenschaft geplanten Wohnungen sollen verhindert werden. Auch der Bau von Kitaplätzen müsste unterbleiben. Und die notwendige Erweiterung des muslimischen Friedhofs am Columbiadamm wäre nicht mehr möglich.

**AUSZEICHNUNG  
FÜR DEN  
EUREF-CAMPUS**

Der Immobilien Award, gern inzwischen auch der »Immobilien-Oscar« genannt, wurde am 20.02.1014 bereits zum sechsten Mal vergeben. Der Immobilien Manager Verlag krönt jährlich in insgesamt 14 Kategorien erfolgreiche Persönlichkeiten und Unternehmen für ihre immobilienwirtschaftlichen Leistungen und Immobilienprojekte.

Die Schöneberger EUREF AG hat sich mit ihrem Projekt »EUREF-Campus – Das Stadtquartier der Zukunft, schon heute« zum ersten Mal in der Kategorie »Stadtentwicklung« beworben. Der EUREF-Campus wurde neben der B&O Parkgelände GmbH sowie der Business Campus Management GmbH nominiert und sodann an dem Abend mit einem Award ausgezeichnet.

Der Berliner EUREF-Campus konnte mit seinem Projekt für stadtbauliche Lösungen ganz offensichtlich überzeugen. Das 55.000 Quadratmeter große Grundstück befindet sich an dem historischen Schöneberger Energiestandort mit dem denkmalgeschützten Gasometer.

Im Mittelpunkt der Bewerbung standen die energetische Gebäudeentwicklung und die dezentrale Energieversorgung mit regenerativen Quellen sowie der Ansatz der integrierten Studiengänge der TU Berlin mit dem Schwerpunkt »Stadt und Energie«.

Inzwischen haben sich auf dem Gelände namhafte Unternehmen angesiedelt, und seit 2007 wurden rund 1300 neue Arbeitsplätze geschaffen. Am Ende sollen 5.500 Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen entstehen.

**Geld in Bürgerhand**

Mit dem »Bürgerhaushalt« weitet der Bezirk das Bemühen um mehr Beteiligung aus

Die SPD ist zu den BVV-Wahlen 2011 ist die SPD mit der Forderung angetreten, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr viel mehr im Bezirk mitreden können. Das ist gelungen!

Bei vielen konkreten Vorhaben im Bezirk ist Bürgerbeteiligung unverzichtbarer Bestandteil, wie bei der Gestaltung der Maaßenstraße in Schöneberg oder der Entwicklung der Bahnhofstraße in Lichtenrade, um nur zwei zu nennen. Viele früher »unbekannte« Tatsachen und Beschlüsse sind heute im Internet auf den Bezirksamtsseiten nachzulesen. Einwohner können in der BVV Fragen stellen oder im Internet einsehen, wie weit die Bearbeitung ihres Anliegens gediehen ist.

„Bürgerbeteiligung bringt viele interessante Aspekte ans Licht bzw. festigt Entscheidungen durch kritische Fragen. Die Sache selbst kann nur gewinnen.“, weiß Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler aus Erfahrung.

**Der Bürgerhaushalt kommt**

Eine weitere SPD-Forderung ist die kontinuierliche Durchführung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Haushaltsaufstellung. In diesem Jahr wird es losgehen. „Das Konzept ist abgestimmt, die ersten Termine sind gemacht“, freut sich die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler. Jetzt sollen die Bürgerinnen und Bürger in einem eigenen Verfahren direkt gefragt werden – dem Bürgerhaushalt!

**BETEILIGUNG** | Der »Bürgerhaushalt« ist eine der Maßnahmen für stärkere Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf das politische Geschehen im Bezirk.

Zur Zeit arbeitet die bei der Bürgermeisterin angesiedelte Geschäftsstelle zusammen mit der Bezirksverordnetenversammlung an den Vorbereitungen, um nach der Sommerpause alle Bürgerinnen und Bürger einzuladen.

**Was dann im Einzelnen passiert**  
► Die Auftaktveranstaltungen werden am 3. und 5. September

jeweils von 19.00 bis 21.00 Uhr – einmal in Schöneberg, einmal in Lichtenrade – stattfinden. Hier geht es in erster Linie um die Information, was genau der Bezirk alles macht und wo der Bezirkshaushalt zu beeinflussen ist.

Die Bezirksamtsmitglieder und vor allem die Bezirksverordneten werden für Diskussionen und Nachfragen zur Verfügung stehen.



► Ab diesen Abenden folgt die Phase der Sammlung von Vorschlägen, wie der Haushalt geändert werden soll bzw. welche Leistungen weiter oder zusätzlich finanziert werden sollen, welche entfallen können.

► In Arbeitsgruppen aus Bürgerinnen und Bürgern sowie Bezirksverordneten aus der BVV werden dann ab Mitte Oktober alle eingegangenen Vorschläge bewertet und priorisiert.

► Bezirksamt und BVV nehmen dann die Bürgervorschläge in ihre Haushaltsberatungen als erstes Votum mit hinein.

Das letzte Wort haben allerdings weiterhin die Bezirksverordneten, denn sie haben das Recht und die Pflicht, den Bezirkshaushalt aufzustellen. Bürgerhaushalt meint also einen mit der Beteiligung von Bürgern aufgestellten Haushalt.

Beteiligung schließt selbstverständlich auch die nachträgliche Information ein, was aus den Vorschlägen geworden ist.

Das ganze Verfahren wird parallel im Internet auf den Seiten des Bezirksamtes begleitet werden. Alle Termine und die allgemeinen Informationen, nach und nach auch die eingebrachten Vorschläge und zum Schluss deren Bewertung und das weitere Vorgehen werden dort nachzulesen sein.

Informationen über die Arbeit des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung unter ► [www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg](http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg)

**KUNST- UND ARCHITEKTUR-FÜHRUNG**

Nehmen Sie am 5. April 2014 von 11.00 bis 13.00 Uhr gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert an einer Kunst- und Architekturführung durch den Reichstag teil.



**MECHTHILD RAWERT**

Gezeigt werden die zahlreichen Kunstobjekte und Installationen des Reichstages.

Eine Anmeldung bis 21.3.2014 ist erforderlich (mit Vor- und Nachnamen, Anschrift, Geburtstag und Geburtsort) im Wahlkreisbüro von Mechthild Rawert, Tel. 720 13 884, Fax: 720 13 994, E-Mail: [mecchthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mecchthild.rawert@wk.bundestag.de)

**SPRECHSTUNDE**

Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete der SPD für Tempelhof-Schöneberg, steht Ihnen regelmäßig für Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Bitte erfragen Sie die aktuellen Termine!

Adresse des Wahlkreisbüros: Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin-Tempelhof (nahe U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.), Telefon: 030 - 720 13 884

► [www.mecchthild-rawert.de](http://www.mecchthild-rawert.de)

**BERATUNG FÜR MIETER/INNEN**

Die SPD Tempelhof-Schöneberg bietet bei Fragen und Probleme rund um das Wohnen in einer Mietwohnung eine kostenlose Beratung durch entsprechende Fachleute an.

An jedem 1. und 3. Mittwoch im Monat kann dieser Service in Anspruch genommen werden, von 18.00 bis 19.00 Uhr im SPD-Kreisbüro, Hauptstr. 100, 10827 Berlin.

**TS**aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Herausgeber  
SPD Tempelhof-Schöneberg  
Hauptstraße 100 · 10827 Berlin  
Tel. 030 / 781 22 83  
Fax 030 / 78 00 12 17  
Mail: [redaktion@TSaktuell.de](mailto:redaktion@TSaktuell.de)  
V.i.S.d.P.: Dilek Kolat

Auflage: 15.000

**Redaktion dieser Ausgabe**

Hans G. Kegel  
Eva Liebchen  
Manuela Harling  
Harald Rossa  
Martin Theobald  
Frank Zimmermann  
Sabine Mauer  
Melanie Kühnemann

**Mitarbeit an dieser Ausgabe**

Sylvia-Yvonne Kaufmann  
Mechthild Rawert  
Angelika Schöttler  
Christoph Götz  
Petra Nowacki

Satz und Layout · Hans G. Kegel  
Druck · Henke Pressedruck, Berlin

TS aktuell wird kostenlos in Tempelhof-Schöneberg verteilt.

*Sichtbar ... queer*



**LICHTZEICHEN** | Der leuchtende Regenbogen als Zeichen für Toleranz und Vielfalt



**UMBENENNUNG** | Großes Interesse an der neuen Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße

FOTOS: KECEL

Das das Gebiet rund um den Nollendorferplatz seit langem der Kiez für die »Queer Community« ist, ist bekannt. Doch im öffentlichen Straßenbild war dies bisher weniger wahrnehmbar. Seit Dezember hat sich dies grundlegend geändert.

**Neuer Straßename**

Nach jahrelanger, teils kontroverser Diskussion war es Mitte Dezember soweit: Die bisherige Einemstraße nördlich des Nollendorferplatzes bekam den Namen Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße.

Karl von Einem war von 1903 bis 1909 preußischer Kriegsminister. Während dieser Zeit forderte er die Vernichtung von homosexuellen Männern. Mit seinen Ansichten gilt er auch als Wegbereiter des Nationalsozialismus.

Karl-Heinrich Ulrichs (1825 - 1895) war der erste bekannte Vorkämpfer für die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen. Bereits 1867 forderte er auf dem Deutschen Juristentag die Abschaffung antihomosexueller Gesetze.

Neben Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler ließen es

sich auch zahlreiche Abgeordnete und Bezirksverordnete sowie VertreterInnen der LGBT-Community nicht nehmen, an dem feierlichen Akt zur Umbenennung teilzunehmen.

**Zeichen der Toleranz**

Bereits seit dem 6. Dezember leuchtet die Kuppel des U-Bahnhofs Nollendorferplatz in Regenbogenfarben. Die Aktion „Lichter im Regenbogenkiez – Lichter für Toleranz und Vielfalt“ will damit ein Zeichen für gesellschaftliche Vielfalt und Toleranz setzen. Die gemeinsame Aktion wurde vom Anti-Ge-

walt-Projekt MANEO entworfen, von Pink Schöneberg e.V. veranstaltet, vom Lichtkünstler Moritz Wermelskirch durchgeführt. Unterstützung gabe es vom »Berliner Toleranzbündnis«, dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, der BVG sowie von 39 Unternehmen des Schöneberger Regenbogenkieses. Die Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler, hat für die Aktion die Schirmherrschaft übernommen.

Mit dem Farbenspiel soll gesellschaftliche Vielfalt und Toleranz im Schöneberger Re-

genbogenkiez gestärkt und ein Zeichen gegen Diskriminierung und vorurteilsmotivierte Gewalt gesetzt werden.

Die Aktion steht im Kontext gewaltpräventiver Bemühungen, für die sich MANEO mit dem »Berliner Toleranzbündnis« gemeinsam mit Polizei, Bezirksamt und Unternehmen im Schöneberger Kiez einsetzt.

Wie lange der Regenbogen noch über dem »Nolli« leuchtet steht allerdings in den Sternen – derzeit laufen Bemühungen um eine eine dauerhafte Finanzierung der Aktion.

HANS G. KEGEL

# Europa wählt

Für ein soziales und tolerantes Europa



Seit 1979 sind die Bürgerinnen und Bürger alle fünf Jahre aufgerufen, ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament zu wählen. Die nächste Europawahl findet vom 22. bis 25. Mai 2014 statt, in Deutschland ist am Sonntag, 25. Mai, Wahltag. Über 96 der insgesamt 751 Sitze zu vergebenen Sitze im Europäischen Parlament entscheiden die Wählerinnen und Wähler in Deutschland.

## Wer?

In Deutschland ist jede/r Deutsche, die / der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, wahlberechtigt. Wer seinen Hauptwohnsitz in Deutschland hat, bekommt die Wahlbenachrichtigung automatisch und rechtzeitig zugesandt.

Bürgerinnen und Bürger aus anderen EU-Mitgliedstaaten, die in Deutschland wohnen, können entweder in ihrem Herkunfts-Mitgliedsstaat oder in ihrem Wohnsitz-Mitgliedsstaat Deutschland an der Europawahl teilnehmen. Jede/r darf aber nur einmal wählen. Für die erstmalige Wahlteilnahme in Deutschland müssen sich diese Personen bis zum 4. Mai 2014 in das Wählerverzeichnis ihrer deutschen Wohnsitz-Gemeinde eintragen lassen (siehe Infos rechts). Wer schon 2009 in Deutschland an der Europawahl teilgenommen hat und seitdem nicht ins Ausland weggezogen

ist, ist im Wählerverzeichnis des Wohnortes eingetragen und muss keinen erneuten Antrag auf Eintragung stellen.

Auch Deutsche, die außerhalb der Bundesrepublik leben und nicht im Inland für eine Wohnung gemeldet sind, müssen bis zum 4. Mai 2014 einen Antrag auf Eintragung ins Wählerverzeichnis stellen.

Die Aufnahme in das Wählerverzeichnis kann beim Bezirkswahlamt beantragt werden. In Zweifelsfällen und für Rückfragen sollten Sie sich ebenfalls an das Bezirksamt wenden:

**Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin – Bezirkswahlamt – John-F. Kennedy-Platz 10820 Berlin**

Tel.: 90277 - 3040 oder - 3050  
Telefax: 90277 - 7800

E-Mail: [bezirkswahlamt@ba-ts.berlin.de](mailto:bezirkswahlamt@ba-ts.berlin.de)

Weitere Informationen auch auf [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)

## Wie?

Jede Wählerin / jeder Wähler hat eine Stimme, mit der sie / er die Bundes- bzw. die Landesliste einer Partei wählt.

Die SPD tritt mit einer Bundesliste an. Das heißt, für die SPD ziehen so viele Kandidatinnen und Kandidaten in das Europäische Parlament, wie es dem Gesamtstimmenergebnis für die Partei in ganz Deutschland entspricht.

Da es nach dem jüngst ergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts bei dieser Euro-

pawahl in Deutschland erstmals keine (bisher geltende) Drei-Prozent-Klausel mehr gibt, reichen etwas mehr als 1% der Stimmen aus, um einen Sitz im Europäischen Parlament zu erlangen. Dadurch könnten verstärkt Kandidatinnen und Kandidaten grundsätzlich europaskeptischer und rechtspopulistischer Parteien in das Europäische Parlament einziehen.

**Deshalb wirbt die SPD umso deutlicher um die Stimmen aller jener, die ein soziales und tolerantes Europa wollen.**

[www.spd.de/aktuelles/europawahl2014](http://www.spd.de/aktuelles/europawahl2014)

## Wen?

Die Bundesliste der SPD wird vom Spitzenkandidaten Martin Schulz angeführt. Er ist gleichzeitig der Spitzenkandidat aller europäischen sozialdemokratischen Parteien und Anwärter auf Amt des EU-Kommissionspräsidenten.



[www.martin-schulz.eu](http://www.martin-schulz.eu)



Die Berliner SPD tritt zur Europawahl mit Sylvia-Yvonne Kaufmann an.

Mit dem Slogan »Nah dran. Für Berlin.« macht sie klar: Berliner Ideen nach Brüssel zu befördern und europäische Ideen nach Berlin zu holen, das ist ihr Anliegen. Denn die Geschenke von Berlin und Europa, so sagt sie, verbinden sich immer enger und bestimmen unser Leben.

[www.sylvia-yvonne-kaufmann.de](http://www.sylvia-yvonne-kaufmann.de)

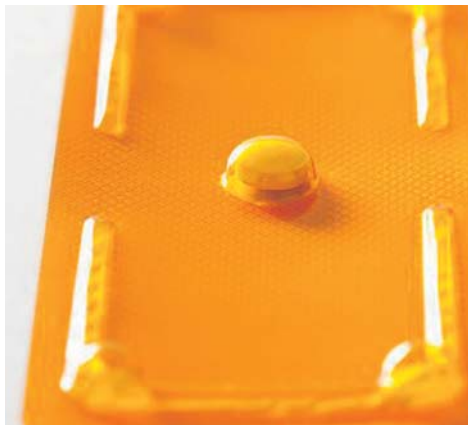
# Keine unnötigen Hürden!

Verhütung – keine Frage staatlich-moralischer Kontrolle

VON MECHTHILD RAWERT

Was haben sexuelle Gesundheit und Rechte, was hat Familienplanung mit Politik zu tun? Die aktuelle Debatte zur »Pille danach« zeigt: Sehr viel!

In den Medien und in den sozialen Netzwerken lief die Diskussion schon heiß, bevor der Deutsche Bundestag am 13. Februar überhaupt darüber diskutierte. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Das beweisen die Online-Petition »Gesundheitsminister Gröhe: Rezeptfreie Pille danach zulassen!«



»PILLE DANACH« | Zur selbstbestimmten und verantwortungsvollen Entscheidung über den Einsatz des Verhütungsmittels gehört der rezeptfreie Zugang.

und die noch anstehenden Beratungen im Gesundheitsausschuss des Bundestages.

### Worum geht es?

Es geht um das politische Vorhaben, die Rezeptpflicht für das im Volksmund »Pille danach« genannte Hormonpräparat mit dem Wirkstoff Levonorgestrel (LNG) abzuschaffen. Die Weltgesundheitsorganisation, der Sachverständigenrat für Verschreibungspflicht des Bundesamtes für Arzneimittel, das Nationale Netzwerk Frauen und Gesundheit, pro familia, die AWO, die katholische Kirche in

Spanien, aber auch die Schwangerenberatung »Donum Vitae NRW« der katholischen ChristInnen – sie alle sprechen sich für die rezeptfreie Abgabe der »Pille danach« aus.

Fakt ist: Sie alle sehen keine medizinischen Gründe für die Beibehaltung. Es gibt keine Gesundheitsgefährdungen für die Frauen. Ein häufiger Missbrauch ist ebenfalls nicht nachweisbar. Die »Pille danach« ist mittlerweile in fast 90 Ländern – darunter fast alle Länder Europas, die USA, Kanada, China und Australien – nach einer Beratung durch die ApothekerIn rezeptfrei erhältlich. Überall – nur nicht in Deutschland – wird den Frauen zugetraut, eigenverantwortlich darüber zu entscheiden, ob sie die »Pille danach« benötigen, um eine ungewollte Schwangerschaft zu vermeiden. »Benötigen« heißt: Frauen haben Angst, ungewollt schwanger zu werden, weil die Regelverhütung versagt hat, die Pille vergessen, das Diaphragma verrutscht, das Kondom gerissen oder es ausnahmsweise doch zu ungeschütztem Geschlechtsverkehr gekommen ist.

### Wie wirkt die »Pille danach«?

Das Hormonpräparat auf LNG-Basis verhindert die Einnistung der Eizelle in die Gebärmutter. Studien zeigen, dass nach einer Verhütungspanne die Einnahme in den ersten 24 Stunden zu

95 Prozent vor einer ungewollten Schwangerschaft schützt. Der Schutz liegt bei einer Einnahme bis zu 72 Stunden danach immer noch bei 58 Prozent. Eine versehentliche Einnahme in einer Frühschwangerschaft hat keine negativen Auswirkungen. Hier wirkt die »Pille danach« nicht.

### Statt unnötiger Hürden eine rasche Anwendung

Zeit ist das, was die Frauen nach einer Verhütungspanne also am wenigsten haben. Hier dürfen keine unnötigen Hürden aufgebaut werden! Gerade am Wochenende kann der Weg zum Rezept mühsam und steinig sein. Während wir in Berlin eine gute ärztliche Versorgung haben, sieht es in anderen Bundesländern leider ganz anders aus. In ländlichen Gebieten müssen Frauen viele Kilometer fahren, um einen Arzt oder eine Ärztin aufsuchen zu können. In der Notaufnahme erfolgt oft auch keine Beratung durch GynäkologInnen. In konfessionell getragenen Krankenhäuser wurden Frauen sogar abgewiesen. Damit muss Schluss sein!



**Mechthild Rawert:** Die SPD-Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg ist Mitglied im Bundestagsausschuss für Gesundheit.

# Tanz der Konzerne

Gefahren eines »Freihandelsabkommens« USA - EU

VON FRANK ZIMMERMANN

Schon der Titel führt in die Irre. Um Freihandel geht es bei der geplanten Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) nur am Rande.

Jeden Tag werden zwischen Nordamerika und der EU Waren und Dienstleistungen im Wert von 1,8 Milliarden Euro gehandelt. Das entspricht 30% des gesamten Welthandels. Zollschranken – meist mit niedrigen Tarifen – gelten nur noch für rund 5% des Handelsvolumens zwischen EU und USA. Tarifäre Handelshemmnisse behindern den Warenaustausch über den Atlantik praktisch nicht mehr.

### Es geht um etwas anderes

Seit der Gründung des Transatlantischen Wirtschaftsrats (TEC) im Jahr 2007 streben beide Seiten vor allem den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse an. Es sind die staatlichen Zulassungsstandards und Schutzgesetze, die stören. Erklärte Ziele des TEC sind die Harmonisierung von Industriestandards und der regulierenden Gesetzgebung sowie der Zugang für Investoren zu öffentlichen Auftragsvergabe der jeweils anderen Seite.

All dies soll nun als verbindliches Völkerrecht den erlösenden Wachstumsschub erzeugen. EU-Handelskommissar Karel de Gucht schwärmt bereits von einer zusätzlichen Wirtschaftsleistung von 119 (!) Milliarden Euro in der EU und 500 Euro mehr Jahreseinkommen pro Familie.

Die Bertelsmann-Stiftung hat sogar schon die Wachstumsraten bis hinter Komma berechnet: USA +13,4%, GB +9,7%, Spanien +6,6%, Deutschland +4,7% – alles in einem Zeitraum von 15 Jahren.

### Andere sind nicht so euphorisch

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) sieht nur geringe Beschäftigungswirkungen in Deutschland, die durch die Langfristigkeit der Wachstumseffekte marginal seien. Zudem drohe die Gefahr einer Schwächung des Handels mit den südlichen Euro-Ländern. Auch die Ökonomen des Ifo-Instituts prognostizieren für Deutschland eine Verlagerung vom innereuropäischen (~30%) hin zum atlantischen Handel.

Wie auch immer der Aufschwung ausfallen mag – klar ist schon jetzt, wo er angekurbelt werden soll. Nach einer Studie des Centre for Economic Policy Research in London von 2013 resultiert der wirtschaftliche Nutzen des TTIP zu 80% aus dem Abbau von Regulierung sowie der Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs und des öffentlichen Ausschreibungswesens.

Das heißt im Klartext: Allein die Privatisierung öffentlicher Leistungen und die Absenkung gesetzlicher Schutzstandards versprechen zusätzliche Gewinne für Investoren.

So soll denn auch mit einem ausgeklügelten Investorenschutz eine unternehmensfreundliche staatliche (De-) Regulierung erzwungen werden.

Zunächst ist vorgesehen, das höchste Liberalisierungs- und Investitionsschutzniveau zu vereinbaren, auf das sich beide Seiten bisher in anderen Handelsabkommen verständigt haben.



Zur Durchsetzung von Ansprüchen gegen die Staaten sollen dann außerstaatliche Schiedsgerichte über Schadenersatz entscheiden, wenn ein tatsächlicher oder erwarteter Gewinn durch staatliche Rechtsetzung beeinträchtigt wird. Dann hätte Vaterland leichtes Spiel mit seinen Forderungen wegen des deutschen Atomausstiegs.

Da selbst die EU-Kommission Zweifel an einem solchen »Schlichtungsmechanismus« hat, schlagen die US-Unterhändler nun einen »modifizierten Investorenschutz« vor. Danach sollen Schiedsgerichte erst nach Ausschöpfung des ordentlichen Rechtswegs tätig werden.

Der Unterschied ist gering. Äußerst fraglich ist, ob Arbeits- und Sozialstandards dann noch zu halten sind. Schon innerhalb

der EU ist es Rechtspraxis, dass die Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen ausgehebelt wird, wenn der Billig-Anbieter ein geschütztes Marktzugsrecht hat. Es steht zu befürchten, daß dieses Prinzip erneut modifiziert wird. Schließlich entfallen 25% des Bruttoinlandsprodukts der EU auf Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen abhängig sind.

Ein Investitionsschutzabkommen mit eigenständiger Gerichtsbarkeit wäre auch das Ende einer wirksamen europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. Die Öffnung des europäischen Markts für Fracking-Technologie oder Chlorhähnen wäre nicht mehr zu verhindern.

### Bislang ist nichts entschieden

Die Verhandlungen stocken wegen der NSA-Affäre. Ob am Ende ein Abkommen zwischen der EU und den USA Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger bringt oder nur die Konzerne zum Tanzen bringt – darüber muss eine intensive, kontroverse Debatte geführt werden.

Die Europa-Wahl wäre eine Gelegenheit dazu.



**Frank Zimmermann** ist der Europäische politische Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

# „Wir dürfen uns nicht abschotten.“

Flüchtlingspolitik ist mehr als eine stadtpolitische Aufgabe

VON **DILEK KOLAT**

**Berlin ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Deshalb kommen viele Menschen gerne nach Berlin – als Touristinnen und Touristen, als Studierende oder auch, um auf Dauer hier zu leben. Unsere Stadt profitiert von dieser Attraktivität, die sie in alle Welt ausstrahlt.**

Aber auch Menschen, die vor der politischen oder humanitären Situation in ihrem Herkunftsland geflüchtet sind, kommen in unsere Stadt. Derzeit leben in Berlin über 5.500 Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung und mehr als 7.000 Geduldete. Bundesweit wurden im Jahr 2013 127.023 Asylanträge gestellt, das waren etwa 50.000 mehr als im Vorjahr. Diesen Zuwachs stellen wir auch in Berlin fest. Die meisten Asylbewerberinnen und Asylbewerber stammen dabei – neben einigen südosteuropäischen Ländern – vor allem aus Syrien, Afghanistan, Somalia, Eritrea und aus der Russischen Föderation.

Die Asylsuchenden werden nach einem festgelegten Schlüssel gerecht auf die einzelnen Bundesländer verteilt.

## Berlin unterstützt Flüchtlinge

In Berlin hat die Ankunft von Flüchtlingen zu verschiedenen Reaktionen geführt. Während

einerseits Nazis und Rechtspolitisten mit völlig unbegründeten Ängsten Stimmung gegen hilfsbedürftige Menschen machen wollten, haben sich andererseits große Teile der Berliner Bevölkerung solidarisch mit ihnen gezeigt. In der Nähe von Unterkünften haben sich Nachbarschaftsinitiativen gegründet, die den Asylsuchenden ehrenamtlich helfen. Gleichzeitig stellen sie sich den Hetzkampagnen von »Rechts« entgegen. Das gilt es weiterhin zu unterstützen und zu würdigen.

Doch trotz dieses zivilgesellschaftlichen Engagements ist die Situation vieler Asylsuchender nach wie vor nicht befriedigend. Auch wenn die Bezirke neue Unterkünfte bauen und der Senat vielen Unterstützungsangebote ermöglicht, ist das Land Berlin in seinen Möglichkeiten eingeschränkt.

## Auch der Bund und Europa sind gefragt

Viele Fragen rund um die aktuelle Debatte über den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und in Europa können nicht auf Landesebene gelöst werden. Stattdessen müssen im Bundestag und auf europäischer Ebene die Weichen für eine neue, humane Flüchtlingspolitik gestellt werden.

Wohl wissend, dass wir nicht alle damit verbundenen Aufgaben alleine stemmen können,



**GRENZEN DICHT?** | Abschottung als politische Reaktion auf die zunehmende Zahl von Flüchtlingen ist keine Option mehr. FOTO: MIKAEL DAMMER - FOTOLIA.COM

stehen wir in einer humanitären Pflicht – auch aus unserer eigenen Geschichte heraus. Seit vielen Jahren setze ich mich deshalb für eine bessere und zeitgemäße Flüchtlingspolitik ein.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist es gelungen, einige Schritte voranzukommen, für die ich mich seit vielen Monaten engagiere – in der Integrationsministerkonferenz, im Bundesrat und auch gegenüber der Bundesregierung.

rung nun möglichst bald umgesetzt werden müssen. So wird Flüchtlingspolitik auch zu Integrationspolitik.

## Abschottungspolitik beenden

Neben diesen und vielen anderen Verbesserungen muss aber gerade die Europäische Union ihre Politik in diesem Bereich ändern. Denn Europa darf sich nicht gegenüber der Welt abschotten und vor Lampedusa Menschen ertrinken lassen. Stattdessen steht die EU in der Pflicht, Menschen bei berechtigten Fluchtgründen zu helfen und die Genfer Flüchtlingskonvention umzusetzen. Allein aus wirtschaftlichen Gründen heraus wird sich Europa auf lange Sicht nicht weiter dagegen wehren können, dass Menschen zu uns kommen. Sie sollte deshalb deren Kompetenzen als Gewinn begreifen und ihre Integration fördern.

Am 25. Mai 2014 wird das Europäische Parlament gewählt. Dabei wird es auch darum gehen, wie in Europa künftig eine humane und verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik möglich ist.

**Dilek Kolat** ist Kreisvorsitzende der SPD in Tempelhof-Schöneberg und Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen.

## FRAG' DIE AWO

Die Berliner Arbeiterwohlfahrt bietet seit dem 3. Februar unter dem Titel „Frag' die AWO“ einen monatlichen, berlinweiten Informations- und Orientierungstag für Hilfesuchende an.

„Mit diesem Angebot möchte die AWO Hilfesuchenden die Möglichkeit bieten, gezielt eine Anlaufstelle zu finden, welche die richtige für ihr Anliegen ist.“, erklärt Hans Nisblé, Landesvorsitzender der Berliner AWO.

An jedem ersten Montag im Monat von 16.00 bis 18.00 Uhr sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWO für Hilfesuchende direkt ansprechbar. In **Schöneberg** in der Goltzstraße 19, 10781 Berlin, Tel. 70 20 90 10 und in **Tempelhof** in der Albrechtstraße 110, 12103 Berlin, Tel. 751 50 89.

## MIETEN & WOHNEN

Gerade in einer sich rapide verändernden Stadt wie Berlin ist dies immer wieder ein wichtiges Thema.

Das Team Quartiersmanagement Schöneberger Norden lädt deshalb zu einem Sonderpräventionsrat »Mieten & Wohnen« am **Mittwoch, 26. März 2014 von 19.00 bis 21.00 Uhr** in den »PallasT«, Pallasstraße 35 in Berlin-Schöneberg ein.

Teilnehmen werden u.a. **Ephraim Gothe**, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, **Hendrik Jellema**, Vorstand der GEWOBAG sowie **Dr. Sibyll Klotz**, Bezirksstadträtin für Gesundheit, Soziales, Stadtentwicklung.

## „Der Grundsatz muss gelten, dass der Optionszwang fällt.“

Gesetzvorlage des Bundesinnenministers für Berliner SPD nicht akzeptabel

Der von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) vorgelegte Gesetzentwurf zur Regelung der doppelten Staatsbürgerschaft muss nach Ansicht des Berliner SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöb überarbeitet werden.

„Der in den Koalitionsverhandlungen erzielte Kompromiss, dass für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder der Optionszwang abgeschafft wird, darf nicht weiter verwässert werden“, so Stöb. Der vom Bundesinnenminister vorgelegte Entwurf erfülle diese Bedingungen nicht. „Der Grundsatz muss gelten, dass der Optionszwang fällt. Der Ent-



**JAN STÖB** | Landesvorsitzender der Berliner SPD

wurf sieht bislang vor, dass es für in Deutschland geborene Kinder grundsätzlich beim Optionszwang bleibt und nur unter bestimmten Bedingungen eine sogenannte Beibehaltungs-

genehmigung erteilt werden kann. Damit wird der Geist des Koalitionsvertrages ins Gegenteil verkehrt“, kritisierte der SPD-Landesvorsitzende.

Bislang gilt für in Deutschland geborene Kinder aus Zuwandererfamilien eine Optionspflicht. Bis zum 23. Lebensjahr müssen sie sich entscheiden, ob sie den deutschen Pass behalten oder den ihrer Eltern.

Die SPD hatte die vollständige Abschaffung dieses Optionszwangs gefordert. Der vorgelegte Vorschlag beinhaltet nun bürokratische Hürden. So soll das Aufwachsen in Deutschland etwa über Meldebestätigungen nachgewiesen werden.

## Gemeinsames Adoptionsrecht bleibt Ziel

Die Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Paare muss beendet werden



**BENACHTEILIGT** | Das eingeschränkte Adoptionsrecht ist eine der verbliebenen Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Partnern. FOTO: DUBOVA - FOTOLIA.COM

es viele erfolgreich erziehende Alleinerziehende gibt. Das ist beispielgebend dafür, dass sich verschiedengeschlechtliche Bezugspersonen im Alltag von allein ergeben.

Es spricht nichts dagegen, wenn man, um Identifikationsmöglichkeiten für ein Kind sicherzustellen, Andersgeschlechtliche als das gleichgeschlechtliche Paar als Bezugspersonen hinzuziehen. Diese könnten sich – vergleichbar etwa mit einem Paten oder einer Patin – mit um das Kind kümmern.

Heterosexuelle Lebenspartner haben nicht automatisch das »Kindererziehungs-Gen«. Wenn man Maßstäbe an Elternschaft anlegt, dann nicht nach deren sexuellen Identität.

Überhaupt sollten sich, um Vorurteile über Lebensrealitäten abzubauen, Heterosexuelle und Homosexuelle besser kennenlernen, frei nach dem Motto: Es gibt keine »bessere« Sexualität, und das Schlafzimmer ist sowieso Privatsache. Ein offener, selbstbewusster Umgang ist hier immer das Beste – und vermeidet Diskriminierung.

Was bleibt, ist die Feststellung: Solange die rechtlichen und – damit einhergehenden – gesellschaftlichen Benachteiligungen nicht völlig beseitigt sind, bleibt bei Lesben und Schwulen verständlicherweise die Angst, dass ihnen auch bereits erkämpfte Rechte wieder aberkannt werden könnten.

SABINE MAUER · HANS KEGEL

## Willkommenskultur gestärkt

Berlin erleichtert die Anerkennung ausländischer Berufsausbildungen

Mit dem Ende Februar in Kraft getretenen »Berliner Anerkennungsgesetz« besteht nun ein umfassender Anspruch auf Anerkennung ausländischer Berufsausbildungen. „Mit dem neuen Gesetz ermöglichen wir es, dass mehr Berlinerinnen und Berliner mit ausländischen Berufsqualifikationen hier in ihrem Beruf arbeiten können und treten dem Fachkräftemangel entgegen“, so die Berliner Bildungsministerin Sandra Scheeres. „Fachkräfte mit ausländischen Berufsqualifikationen können schneller und

gezielter auf dem deutschen Arbeitsmarkt eingesetzt werden. Damit stärken wir auch die Willkommenskultur der Stadt.“

Die neuen Regelungen betreffen beispielsweise Erzieher, Sozialarbeiter, Ingenieure und Architekten, aber auch viele Gesundheitsberufe und vollschulische Berufsausbildungen.

Herzstück des Anerkennungsgesetzes ist das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG). Dieses dient einer einheitlichen und transparenten Gestaltung der Verfahren und enthält klare Kriterien zur Feststellung der

Gleichwertigkeit ausländischer Abschlüsse. Die Anerkennung ist vielfach Voraussetzung dafür, in dem jeweiligen Beruf zu arbeiten oder sich selbstständig zu machen.

Eingeführt wurde ein allgemeiner Anspruch auf Prüfung der Gleichwertigkeit, unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Diese hat innerhalb einer Frist von drei Monaten zu erfolgen. Zudem soll ein unentgeltlicher Beratungsanspruch Migrantinnen und Migranten den Einstieg in die berufliche Anerkennung erleichtern.

Die SPD ist im zurückliegenden Bundestagswahlkampf mit dem Motto »100% Gleichstellung – nur mit uns.« angetreten. Damit unterstrich sie ihre Forderung nach einer völligen rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen, eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe.

Bei der Bildung der Großen Koalition zeichnete sich schnell ab, dass dies mit den Unionspartei nicht zu machen ist. Zwar enthält der Koalitionsvertrag das grundsätzliche Ziel, rechtliche Benachteiligungen von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern abzubauen, doch insbesondere bei einem Thema bleiben die Unionsparteien stur: der Adoption von Kindern. Zur-

zeit müssen gleichgeschlechtliche Lebenspartner hier noch den »Umweg« gehen, dass zunächst ein Partner ein Kind adoptiert, und anschließend im Zuge einer »Sukzessivadoption« der zweite Partner. Das Ziel, zukünftig eine gleichzeitige Adoption zu ermöglichen, gibt die SPD deshalb nicht auf.

**Petra Nowacki**, Kreisvorsitzende der »Schwusos« – der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD – in Tempelhof-Schöneberg sowie stellvertretende Vorsitzende dieser AG auf Bundesebene dazu:

„Es wird oft unterstellt, dass Kinder Mann und Frau als Bezugspersonen für eine gesunde seelische Entwicklung brauchen. Dem steht entgegen, dass

# Clara Zetkin: „Keine Revolution ohne die Frauen!“

VON EVA LIEBCHEN

Für Kaiser Wilhelm II. war sie „die gefährlichste Hexe des Deutschen Reichs“, für den französischen Dichter Louis Aragon „die Frau der neuen Zeit, die dem Mann gleich ist“. Die Sozialdemokraten, insbesondere die sozialdemokratischen Frauen, haben Clara Zetkin, der Vorkämpferin für Frauenrechte, viel zu verdankt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass sie in ihrem späteren Leben von der Sozialdemokratie zu den Kommunisten wechselte.

Sie wurde 1857 in Wiederau in Sachsen geboren. Das industrielle Sachsen war das klassische Land für Fortschritt und Sozialismus und die Frauenbewegung. Der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“ wurde 1865 in Leipzig gegründet. So traten Frauenfragen früh in das Blickfeld von Clara, die in Leipzig das Lehrerinnen-Seminar besuchte und sich bald zum Sozialismus hingezogen fühlte. Wegen des noch existierenden Sozialistengesetzes in Deutschland ging sie zum Studium an die Pariser Sorbonne. Sie analysierte die Lage der französischen Arbeiterfrauen und entwickelte erste Theorien zur Frauenbewegung. Die Führung der Deutschen Sozialdemokratie wurde auf sie aufmerksam, und sie übernahm die Vertretung der SPD in Frankreich.

## Karriere in der SPD

Als das Sozialistengesetz fiel, kehrte sie nach Deutschland zurück, und ihre außerordentliche Karriere in der SPD als Leitfigur der proletarischen Frauenbewegung begann. Sie kämpfte für das Frauenwahlrecht, forderte gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die Abschaffung des § 218.

Von nun an gab es keinen sozialdemokratischen Parteitag, keinen Internationalen Sozialistenkongress, keine sozialdemokratischen Frauenkonferenz mehr ohne wegweisende Referate und Redebeiträge von Clara Zetkin. Ihr Referat zur »Frauenagitation« auf dem Parteitag in Gotha 1896 wurde als Broschüre

herausgebracht und ist geistiges Fundament für die Frauenbewegung geworden. Als Redakteurin des Frauenblatts »Gleichheit« hatte sie die Gelegenheit, politisch wichtige Artikel zu den geforderten Frauenrechten zu veröffentlichen. Sie knüpfte gleichzeitig internationale Beziehungen, so

das ab 1907 die »Gleichheit« zum Zentralorgan des Internationalen Frauen-Komitees bestimmt wurde. Auf Claras Anregung wurde erstmalig im März 1911 in Erinnerung an die Märzrevolution von 1848 der **Internationale Frauentag** begangen.

In der Folgezeit widmete sie sich Erziehungsfragen und verteilte Ansichten, die noch heute in der modernen Pädagogik Gültigkeit haben.

## Loslösung von der Sozialdemokratie

Von 1914 an stand Clara Zetkin auf der Seite derer, die die Kriegspolitik der Sozialdemokratie nicht billigten. Sie wechselte 1917 zur USPD, warnte jedoch vor der Gründung einer Kommunistischen Partei, der sie sich dann 1920 aber doch anschloss – und die sie bis 1933 im Deutschen Reichstag vertrat. Die Loslösung aus dem sozialdemokratischen Parteimilieu fiel ihr sehr schwer; hinzu kam die Verbitterung, dass die Mehrheit der Arbeiterschaft die Bewilligung der Kriegskredite befürwortete. Erst mit dem Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1921 beugte sie sich unter die von Lenin verlangte und diesmal lebenslange Bindung an die KPD.

1933 starb sie in der Nähe von Moskau und wurde an der Kremelmauer beigesetzt. Sie wurde ihr Leben lang nicht müde zu erklären, dass ohne die Frauen keine Revolution zu machen wäre und eine wirkliche Verbesserung der Situation der Frauen nur im Sozialismus möglich sei, in dem alle Klassen- und Geschlechterunterschiede verschwinden würden, wofür sie in der DDR als ideale Kommunistin geehrt wurde und im Westen zur gleichen Zeit als unbelehrbare Kämpferin für die falsche Sache galt.



CLARA ZETKIN (LINKS) MIT ROSA LUXEMBURG | Das Foto eines unbekanntenen Fotografen entstand 1910 beim SPD-Parteitag in Magdeburg.

# Rathaus feiert 100. Geburtstag

Vor 100 Jahren, 1914, wurde das Rathaus Schöneberg fertig gestellt – als Rathaus der reichen Stadt Schöneberg, weit vor den Toren von Berlin.

Als Erster saß Oberbürgermeister Alexander Dominicus im Rathaus am – noch im Originalzustand erhaltenen – Schreibtisch der heutigen Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler. Insbesondere nach 1945 hat das Rathaus Schöneberg als Sitz der Regierung von West-Berlin und des Abgeordnetenhauses Geschichte geschrieben. John F. Kennedy hielt hier seine berühmte Rede mit den Worten „Ich bin ein Berliner“, die Regierenden Bürgermeister – darunter Willy Brandt – regierten von hier aus die Stadt West-Berlin.

Zur Einweihung konnte kein großes Fest gefeiert werden, denn 1914 brach der Erste Weltkrieg aus. Heute sind es die knappen Finanzen, die die Feierlichkeiten begrenzen. Aber es wird gefeiert:

► **Am Freitag, 4. April um 18.00 Uhr** wird eine **Foto-Ausstellung** im Foyer des Rathauses eröffnet. Gezeigt werden Bilder aus dem Buch »Verschlussache – geheimnisvolle Orte im Rathaus

Schöneberg« (siehe Buch-Tipp).

► **Am Freitag, 11. April** findet um 18.00 Uhr die **Festveranstaltung** im Rathaus statt. Für die ansonsten geschlossene Veranstaltung werden an Interessierte Karten verlost. Wie und wo man sich für die Karten bewerben kann, teilt das Bezirksamt noch mit.

► **Am Sonntag, 13. April**, findet anlässlich des Jubiläums ein **Konzert** auf dem Vorplatz des Rathauses statt. Der Eintritt ist frei. Veranstaltet wird das Konzert von der bezirklichen Kulturarbeit, in Verantwortung der Stadträtin Jutta Kaddatz. An diesem Tag wird es auch eine Reihe von Rathausführungen geben.

Darüber hinaus gibt das Bezirksamt eine **Gedenkmünze** heraus, die bei der »Staatlichen Münze Berlin« ab Anfang April zu erwerben ist und vom Bezirksamt als Präsent oder bei Auszeichnungen vergeben wird.

Die Untere Denkmalschutzbehörde des bezirklichen Stadtentwicklungsamtes wird zudem in der »Blauen Reihe«, die bekannte, denkmalgeschützte Sehenswürdigkeiten im Bezirk beschreibt, ein **Buch** über das Rathaus Schöneberg herausgeben.

## BUCH-TIPP VON ANGELIKA SCHÖTTLER

### Verschlussache – geheimnisvolle Orte im Rathaus Schöneberg



Wer zum 100. Geburtstag des Rathauses Schöneberg einen ungewöhnlichen Bildband sucht, liegt mit diesem Buch genau richtig.

Ein Buch zum Schmökern und Schmunzeln. Beim nächsten Besuch des Rathauses sehen Sie es auf jeden Fall mit anderen Augen. Probieren Sie es aus.

86 wunderschöne Fotos zeigen charakteristische Details, nebensächliche Ecken und ungewöhnliche Blickwinkel. Sei es der Blick in den BVV-Saal von der Tribüne aus, die Freiheitsglocke von unten gesehen oder die Sitzecke mit Flecken vom Anlehnen an der Tapete ...

**Verschlussache – geheimnisvolle Orte im Rathaus Schöneberg**  
60 Seiten, Fotobildband mit 86 Farbfotografien, Hardcover  
Westkreuz-Verlag, 2013  
ISBN 978-3-944836-08-9  
24,90 € - Im Buchhandel

# Renée Sintenis

Zum 125. Geburtstag der Berliner Bildhauerin zeigt das Georg-Kolbe-Museum eine umfassende Werkschau

Weit ab von der Berliner Museumslandschaft ist eine Ausstellung mit über 100 Werken einer Berliner Künstlerin im Charlottenburger Georg-Kolbe-Museum in der Sensburger Allee 25 zu empfehlen, deren Leben eng mit Schöneberg verbunden war, der Bildhauerin Renée Sintenis (1888 – 1965).

Aus ihrem großen Schaffensbereich können wir heute noch in Berlin im Öffentlichen Raum

das grasende Fohlen auf dem Friedener Renée-Sintenis-Platz bewundern, der 1967 ihren Namen erhielt, und den bronzenen »Berliner Bär« auf dem Mittelstreifen am Autobahn-Kleeblatt Berlin-Zehlendorf an der Stadtgrenze nach Dreilinden (siehe Foto). Dieser Bär als Miniatur wird alljährlich bei den Internationalen Berliner Filmfestspielen an die Preisträgerinnen und Preisträger der »Berlinale« als Silberner oder

Goldener Bär verliehen und von der Bildgießerei Noack gefertigt. Er wurde aber auch an Staatsgäste, wie z. B. John F. Kennedy, verschenkt.

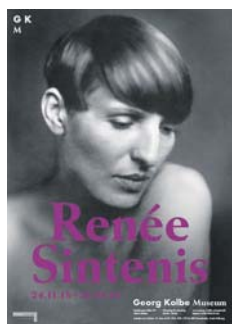
Ihre großen Erfolge hatte Renée Sintenis in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts. 1931 wurde sie als erste Bildhauerin Mitglied der Berliner Akademie der Künste. Große Erfolge hatte sie auch in Paris und New York, besonders als Tierbildhauerin und mit Sportlerfiguren, z. B. »Läufer Nummi« (1923). Hemingway kaufte eine Boxerfigur von ihr.

Von den Nationalsozialisten wurden ihre Werke jedoch als »entartete Kunst« diffamiert und ihre Arbeitsmöglichkeiten wegen jüdischer Großeltern eingeschränkt. Ihre Wohnung mit Atelier in der Kurfürstenstraße wurde noch kurz vor Kriegsende zerstört. Sie zog in die Innsbrucker Straße 23a, wo eine Gedenktafel an sie erinnert und wo sie bis zu ihrem Tod 1965 wohnte. Beigesetzt wurde sie in einem Ehrengrab auf dem Waldfriedhof Berlin-Dahlem.

Ihre Werke erzielen weiterhin

hohe Preise, so lag vor einiger Zeit der Schätzwert eines 77 cm hohen »Sels von Seelow« bei einer Auktion bei 60.000 €.

EVA LIEBCHEN



**Renée Sintenis.**  
Georg-Kolbe-Museum  
Sensburger Allee 25  
14055 Berlin  
Telefon 030 -304 21 44  
Dienstags bis Sonntag  
von 10.00 bis 18.00 Uhr  
(noch bis 23. März 2014)  
www.georg-kolbe-museum.de



BERLINER BÄR | Eines der Werke von Renée Sintenis

FOTO: THOMAS RUGE

## Senioren-Filmcafé im CinemaxX

Die beste Zeit, um großartige Kinofilme zu genießen: Das von der AWO Südwest mit initiierte »Filmcafé«: Immer am 1. Mittwoch des Monats im CinemaxX am Potsdamer Platz. Vor dem Kinofilm, der jeweils um 15.00 Uhr startet, lässt es sich ab 14.00 Uhr bei Kaffee und Kuchen leicht ins Gespräch kommen.

Das nächste Filmcafé findet am **Mittwoch, 2. April 2014** statt. Auf dem Programm steht dann der Eröffnungsfilm der diesjährigen Berlinale, die Komödie um das Schicksal des »Grand Budapest Hotel« und seiner Gäste. Darsteller sind Ralph Fiennes, Adrien Brody, Willem Dafoe, Jeff Goldblum u. a., Regie führte Wes Anderson.